Beschluss

Verantwortung übernehmen – BAföG-Bearbeitung in Thüringen sicherstellen und soziale Notlagen verhindern

Gremium:	KV Weimar/Weimarer Land
Beschlussdatum:	17.09.2025
Tagesordnungspunkt:	8 Antragsberatung

Antragstext

Die Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge im Freistaat Thüringen sind untragbar lang und haben sich trotz personeller Aufstockungen und Digitalisierung kaum verbessert - eine Situation, die sich auch negativ auf die Attraktivität des Studienstandortes Thüringen auswirkt. Studierende müssen zu lange auf dringend benötigte Förderzahlungen warten, was nicht nur zu massiven finanziellen Notlagen führt, sondern auch ganz konkret den Studienerfolg und damit die Zukunft junger Menschen gefährdet.

Eine Ursache für die langen Bearbeitungszeiten liegt an der Verlegung des Standortes der Internationalen Hochschule (IU) nach Thüringen. Dadurch stiegen die Antragszahlen rapide nach oben, die Kapazitäten des Studierendenwerkes sind mehr als ausgeschöpft und die Bearbeitung aller Anträge verzögert sich deutlich. Zahlreiche Studierende sehen sich deshalb gezwungen, ihr Studium abzubrechen oder zusätzliche Schulden aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund fordern die Jusos Thüringen die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung Thüringen in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk Thüringen auf,

- das Amt für Ausbildungsförderung beim Studierendenwerk Thüringen personell und finanziell so auszustatten, dass die Anträge trotz massiv steigender Antragszahlen und zunehmender Komplexität zeitnah, kompetent und fehlerfrei bearbeitet werden können. Die Digitalisierung der Antragsverfahren muss weiter konsequent ausgebaut werden, um die Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Rückfragen zu vermeiden.

- durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen den bestehenden Rückstau unbearbeiteter BAföG-Anträge wirksam abzubauen und damit eine zügige sowie verlässliche Bearbeitung zukünftiger Anträge sicherzustellen.

- das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) zu beauftragen, die Forderungen der im Landtag eingereichten Petition „BAföG oder Abbruch“ mit über 5.500 Unterzeichnenden aufzugreifen, zu unterstützen und nachhaltig umzusetzen. Diese fordert unter anderem verbindliche Bearbeitungsfristen von maximal vier Wochen ab Beginn des Bewilligungszeitraums, um existenzielle Abstürze und Studienabbrüche zu verhindern.

- sich auf Bundesebene mit Nachdruck für eine grundlegende Reform des BAföG-Systems einzusetzen, die bürokratische Hürden abbaut, soziale Ungleichheiten vermindert und Zugang sowie Wartezeiten auf finanzielle Unterstützung erleichtert bzw. verkürzt.

- kurzfristig eine Sofortmaßnahme als Übergangslösung für die Betroffenen und zur temporären Entlastung des Systems, einzuführen:
  Wenn nach sechs Wochen ab vollständig eingereichten Antrag eine grundsätzlich BAföG-berechtigte Person noch keinen Bescheid erhalten hat, sind unverzüglich vorläufige Zahlungen in Höhe des jeweiligen BAföG-Höchstsatzes auszuzahlen. Nach abschließender Entscheidung und Berechnung soll der Förderbetrag auf die richtige Summe angepasst werden; zu viel gezahlte Mittel müssen die Betroffenen dabei nicht zurückzahlen. Die normalen BAFöG-Rückzahlungsmodalitäten nach Beendigung des Studiums bleiben unverändert.

- endlich Verantwortung zu übernehmen, statt Zuständigkeiten zwischen Studierendenwerk, Landesregierung und Bundesbehörden hin und her zu schieben oder tatenlos zuzusehen. Die aktuellen Verzögerungen verursachen existenzielle Krisen und widersprechen dem hohen Anspruch auf chancengerechte Bildung.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.